



2014/40 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2014/40/eine-stadt-mit-gewissen-spielraeumen>

Eine Brandenburger Initiative bereitet sich auf die Ankunft von Flüchtlingen vor

Eine Stadt mit gewissen Spielräumen

Von **Manja Präkels**

Wie sich in Brandenburg eine örtliche Initiative auf die Ankunft von Flüchtlingen vorbereitet.

Es ist der Freitag vor den Landtagswahlen in Brandenburg. In Gransee, gut 70 Kilometer nördlich von Berlin, sind die Laternenpfähle entlang der Hauptstraße mit Wahlwerbung behangen. Es dominieren die Alternative für Deutschland (AfD) und die NPD. Beiden Parteien geht es vor allem um »die Asylanten«. Sie fordern eine härtere Abschiebep Praxis und wollen am liebsten die für 2015 angekündigte Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Gransee verhindern. Auch eine Unterbringung in Wohnungen wäre für die NPD und die AfD selbstverständlich keine Lösung.

Knapp 6 000 Einwohner hat die Kleinstadt im Landkreis Oberhavel. 9 000 Menschen haben einmal dort gelebt. Doch vor allem junge, qualifizierte Leute verlassen die Gegend. Es gibt Probleme, die wenigen Ausbildungsstellen zu besetzen, das örtliche Gymnasium muss um sein Bestehen bangen. Dabei ist dies keine der aufgegebenen Regionen, aber auch keine, die die Menschen träumen lässt.

Verwaltet wird sie seit 20 Jahren von ein und demselben Landrat, einem katholischen Marathonläufer. Er ist es gewohnt zu regieren. Bürgerbeteiligung liegt Karl-Heinz Schröter (SPD) weniger als die harte Hand, mit der er gegen die Empfehlungen der Landesregierung, seiner Parteikollegen und des Kreistags nach wie vor am Gutscheinsystem für Flüchtlinge festhält. Auch die Schröter unterstellten Behörden sind für ihren restriktiven Umgang mit Flüchtlingen berüchtigt und wurden erst Anfang September wegen der brutalen Abschiebung eines tschetschenischen Ehepaars gerichtlich abgemahnt. Und nun soll der Landkreis 420 Asylsuchende aufnehmen. Auch in Gransee ist eine Gemeinschaftsunterkunft mit 80 Plätzen geplant. Das ist eine Neuerung, für alle in dem Ort.

An diesem Freitag lädt die Initiative »Willkommen in Gransee« zu einer Theatervorstellung der besonderen Art ein. Für die »Asylmonologe«, ein preisgekröntes Stück der »Bühne für Menschenrechte«, wurde eigens der stillgelegte Bahnhof zur improvisierten Bühne hergerichtet. Die Veranstalter wollen ins Gespräch kommen: mit den Granseern, mit Flüchtlingen. Vor wenigen Wochen ist eine serbische Familie in eine Wohnung gezogen. In einigen Tagen soll eine Familie aus Syrien folgen. Genaues weiß man aber nicht. Die Willkommensinitiative will für die Flüchtlinge Patenschaften organisieren, um so die Ankunft zu erleichtern. Doch die tatsächliche

Planung und die Ausführung sind schwer, solange Informationen rar bleiben und Unterstützung etwa bei der Übersetzung fehlt.

Erst im Oktober 2013 erfuhren die Menschen in Gransee von der geplanten Gemeinschaftsunterkunft, und das nur durch eine Indiskretion, jemand hatte sich verplappert. Prompt gab es eine rassistische Facebook-Kampagne unter dem Motto »Nein zum Heim in Gransee«, die binnen vier Tagen 1 000 Fans gewann. Zugleich organisierten sich Eigenheimbesitzer aus der Nachbarschaft der geplanten Flüchtlingsunterkunft, die um sinkende Grundstückspreise und die Sicherheit im Wohnviertel bangten, und erhielten als Bürgerbündnis auf Anhieb zwei Sitze im Stadtparlament.

»Zum Glück haben wir einen guten Draht zur Stadtverwaltung. Die holen uns mit an den Tisch«, sagt Ines Richter, die seit vielen Jahren als Psychologin in Gransee arbeitet und Mitgründerin der Willkommensinitiative ist. In ihrem Frauenkreis hätten sie schon vor der Gründung der Initiative viele Ideen gesammelt, wie die Flüchtlinge begrüßt werden und womit die Einheimischen ihnen helfen könnten. »Dann war ich auf dieser Informationsveranstaltung mit dem Landrat. Die Stimmung war bedrückend. Es haben ja fast alle dagegen gesprochen. Daraufhin haben wir beschlossen, eine Willkommensinitiative auf die Beine zu stellen«, so Richter.

Mitstreiter Markus Hoffmann ist ein Zugezogener. Er hat sich bereits bei der Initiative »Willkommen Oberhavel« engagiert, die erfolgreich Wertgutscheine für Flüchtlinge in Bargeld umtauscht. »Meine Eltern sind Flüchtlingskinder gewesen. Ich komme aus Bayern und weiß, wie es ist, wenn man dazukommt, ohne eigenes Haus und all das«, sagt er. Die Beweggründe der etwa 20 Personen um den ehrenamtlichen Granseer Bürgermeister Mario Gruschinske (SPD) ähneln sich, ihre persönlichen Hintergründe sind aber vielfältig: Rentner, Lehrer, Selbständige, Einheimische und eben Zugezogene. Zum ersten Treffen kamen über 70 Menschen, Neugierige, auch Verunsicherte. Mittlerweile kümmern sie sich in Arbeitsgruppen um Themen wie Deutschkurse, Öffentlichkeitsarbeit und mögliche Fördermittel. Die Annahme von Sachspenden ist schwierig. »Wir haben einen Aufruf gestartet und Fahrräder gesammelt. Das war toll, die Granseer haben uns mehr gebracht, als wir benötigen«, sagt Richter. Doch nun weigert sich die Kreisverwaltung, bei der Lagerung behilflich zu sein, anders als etwa in Wandlitz, wo Kreis- und Stadtverwaltung die örtliche Willkommensinitiative nach Kräften unterstützen. Richter ist sich sicher: »Die Granseer sind genauso hilfsbereit. Es braucht nur einen konkreten Anknüpfungspunkt, um ins Gespräch zu kommen.«

Als die »Asylmonologe« beginnen, ist kein Platz mehr frei im alten Bahnhof. Gebannt lauschen die Theatergäste den Leidens- und Fluchtgeschichten, die auch von der Kälte deutscher Behörden erzählen. »Ich war gerade aus dem Gefängnis gekommen. Nun saß ich wieder in einem.« Sätze wie diese entstammen Protokollen von Gesprächen, die mit Flüchtlingen geführt wurden. Im Anschluss an die Aufführung ergreift Asif Syed aus Pakistan das Wort. Er erzählt von den Zuständen in der zentralen Erstaufnahmestelle Eisenhüttenstadt, von Selbstmorden, gewaltsamen Abschiebungen und vom Versuch der Flüchtlinge, Widerstand zu organisieren. Dann berichtet er von den Summen, die eine Flucht kostet, dem Horror, sollte sie scheitern. Syed warnt schließlich: »Hört auf, so zu tun, als gäbe es ein Zurück!«

Die Kenianerin Jennifer Kamau ist in Hennigsdorf untergebracht, einer Ortschaft, die ebenfalls im Landkreis Oberhavel liegt. Sie spricht über die besonderen Probleme von Frauen und Kindern in den Gemeinschaftsunterkünften, das Fehlen von Rückzugsmöglichkeiten und die Entmündigung durch das Gutscheinsystem. Jemand im Publikum fragt: »Wo können Sie die Gutscheine denn einlösen?« Kamau antwortet: »Bei Aldi, Penny, Kik.« Märkte, die außerhalb des Stadtzentrums liegen. Aldi Nord plant derzeit, seine Granseer Filiale zu vergrößern.

»Wir wollen ein offenes Haus, für die Bewohner und die Granseer gleichermaßen«, stellt Ines Richter klar. »Aber das wird so nicht sein. In Hennigsdorf ist ein Zaun drum, Passkontrolle, Sicherheitsleute, das schreckt total ab. Von Amtsseite heißt es, das sei so Vorschrift, wegen der Sicherheit.« Es entspinnt sich eine rege Diskussion. Im Publikum herrscht Unmut über das deutsche Asylrecht und seine strukturellen Tücken. Man ist sich einig: Die Behörden können es zu Ungunsten der Schutzsuchenden anwenden. »Und das tun sie, nicht nur hier bei uns«, ruft eine aufgebrachte Person.

So endet die Veranstaltung. Draußen laufen die Gespräche weiter. Irgendjemand hat herausgefunden, dass am Krankenhaus ein Praktikant aus Ägypten arbeitet, der also Arabisch spricht. Erleichterung macht sich breit, denn das Willkommen für die Syrer soll nicht so sprachlos werden wie das für die serbische Familie. »Kein Englisch, kein Serbisch. Na, das war ein Ding«, sagt Bürgermeister Gruschinske, ein Parteikollege des Landrats Schröter, und lacht. Er sehe in seiner Stadt »gewisse Spielräume« für eine menschenfreundlichere Flüchtlingspolitik. »An uns wird es nicht scheitern«, betont er. Ines Richter ist skeptisch, auch angesichts derzeitiger Beispiele aus Ferch in Brandenburg, wo die Behörden Flüchtlinge in einem ehemaligen Wohnheim der Bundeswehr unterbringen wollen, dessen Bewohnbarkeit fraglich ist, und aus Bautzen in Sachsen, wo aufgebrachte Anwohner gegen die Unterbringung von Flüchtlingen hetzen und ihre Ablehnung mit überdurchschnittlich vielen Stimmen für AfD und NPD zeigten. Und doch setzt sich in Gransee und auch an anderen Orten in Ostdeutschland die Erkenntnis durch: Es gibt kein Zurück.